

Bericht in der Norddeutschen Rundschau vom 18. 10. 2021

Das berührt auch den künftigen Bundeskanzler Olaf Scholz. Als Innensenator in Hamburg hatte der SPD Politiker im Sommer 2001 entschieden, mutmaßlichen Dealern Brechmittel zu verabreichen. Daran ist Achidi John gestorben.

Die Rote Flora in Hamburg trägt zum Gedenken den Schriftzug „Achidi John Platz“.

Tod nach Einsatz von Brechmittel: Gedenkstätte gefordert

HAMBURG Vor fast 20 Jahren starb in Hamburg der mutmaßliche Drogendealer Achidi John, nachdem ihm im UKE zwangsweise ein Brechmittel verabreicht worden war. Aus Anlass des Todestages am 12. Dezember fordert die Linksfraktion, Hamburg solle sich bei den rund 400 Opfern der Brechmitteleinsätze entschuldigen, ihnen eine Entschädigung zahlen und auf dem UKE-Gelände eine Gedenkstätte einrichten.

„Die Maßnahmen sollen nicht nur dazu dienen, Verantwortung für die Fehler der Vergangenheit zu übernehmen“, heißt es in einem Bürgerschaftsantrag der Linken für die Sitzung am kommenden Mittwoch. Zugleich sollten diese eine „Mahnung an Politik und Gesellschaft sein, die Rechtsstaatlichkeit polizeilicher Maßnahmen stets kritisch zu prüfen und die Untastbarkeit der Menschenwürde kompromisslos zu verteidigen“.



Das Brechmittel Ipecacuanha wurde 2001 mutmaßlichen Drogendealern verabreicht.

Foto: Ulrich Perrey/dpa

Das Thema berührt auch die Vergangenheit des möglichen kommenden Bundeskanzlers Olaf Scholz. Als Kurzzeit-Innensenator hatte der SPD-Politiker im Sommer 2001 entschieden, mutmaßlichen Dealern Brechmittel zu verabreichen, um Beweismittel zu sichern. Er tappte Täter verschluckten seinerzeit häufig das mitgeführte Rauschgift, wenn sie festgenommen wurden.

Für die Prozedur setzten die Behörden der mexikanischen Saft Ipecacuanha ein. Wer das Mittel nicht freiwillig zu sich nahm, dem wurde es mit einer Sonde über die Nase in den Magen eingeführt. So auch am 9. Dezember 2001 bei dem 19-jährigen nigerianischen Asylbewerber Achidi John. Gegen die Behandlung in der Uniklinik Eppendorf (UKE) wehrte er sich heftig und brach kurz darauf mit Herzstillstand zusammen. Er starb drei Tage später im Krankenhaus. Die Todesursache wurde nie eindeutig geklärt, strafrechtliche Konsequenzen für die verantwortlichen Ärzte und Politiker gab es nicht.

Trotz des Todesfalls hielt Hamburg unter dem damaligen Innensenator Ronald Schill an der Brechmittelvergabe fest. Laut Linksfraktion gab es bis 2006 mindestens 410 solcher Einsätze, in mindestens 20 Fällen unter Zwang. Die Stadt stoppte das Vorgehen erst, nachdem der Europäische Gerichtshof für

Menschenrechte die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln als unmenschliche und erniedrigende Behandlung und Verstoß gegen das Folterverbot der Europäischen Menschenrechtskonvention bewertete.

Im Antrag der Linken heißt es wörtlich: „Die Bürgerschaft ist bestürzt und beschämt darüber, dass in Hamburg über mehrere Jahre die unmenschliche und erniedrigende zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln durchgeführt wurde und Achidi John infolge einer solchen Behandlung zu Tode kam.“

Zudem solle das Landesparlament alle Betroffenen, insbesondere die Hinterbliebenen von Achidi John, um Verzeihung bitten. Ein „Ort würdigen Gedenkens“ an zentraler Stelle im UKE solle an die Betroffenen erinnern. Und: Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zur Entschädigung noch lebender Betroffener der Zwangsvergabe vorzulegen.

mlo